

Wir bleiben hier!

Die Auseinandersetzung innerhalb der neueren DDR-Opposition um die „Ausreiser“*

Jan Athmann

Seit den frühen achtziger Jahren haben zwei Formen regimekritischen Verhaltens in der DDR zugenommen: Der politische Protest sozialetisch engagierter Gruppen und die ständige Ausreise von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik. Sicherlich haben beide Tendenzen die DDR von Beginn an gekennzeichnet, jedoch hat die qualitative und quantitative Veränderung beider Tendenzen im Zusammenspiel mit wirkungsvollen externen Faktoren die systemtragenden Machtstrukturen gesprengt.

Daher stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Exponenten dieser Entwicklungen: dem Verhältnis zwischen den sogenannten Antragstellern und den sogenannten Oppositionsgruppen. Innenpolitische Spannungen bauten sich auf, als in den achtziger Jahren mehr Bürger die DDR verließen als jemals zuvor seit dem Bau der Mauer. Spätestens als im Sommer 1989 die Bilder von den besetzten Botschaften über das Westfernsehen in die ostdeutschen Wohnzimmer flimmerten und die Züge mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag und Warschau hermetisch abgeschirmt über das Hoheitsgebiet der DDR in den Westen rollten, rückte die schwelende Frage nach dem Stellenwert der Bürgerrechte, vor allem aber auch die Frage nach dem Konsens zwischen der Staatsführung und der Bevölkerung in der DDR in den Mittelpunkt einer Debatte, in der sich die Staatsführung unwiderruflich diskreditierte. Man solle ihnen keine Träne nachweinen, titelte das Neue Deutschland in diesen Tagen und erreichte damit das Gegenteil: Der Spruch vom „dummen Rest“ machte die Runde.

Etwa zur gleichen Zeit begannen die unabhängigen Menschenrechts, Umwelt- und Friedensgruppen aus den Räumen der evangelischen Kirchengemeinden herauszutreten. Die eigentliche Politisierung dieser offenen Gruppen setzte erst allmählich nach der Durchsichtung der Berliner *Umweltbibliothek* im November 1987 ein. Im Frühsommer 1989 gelang vielen Gruppen der Schritt von den engagierten Sofarunden zur politischen Opposition, die sich ab Mai auch als solche zeigte.

Vor diesem hier in aller Kürze skizzierten Hintergrund stellt sich die Frage nach den Berührung- und Schnittpunkten beider Entwicklungen: Wie haben sich die Protest- und Oppositionsgruppen den Antragstellern gegenüber verhalten, und wie haben sie sich mit den politischen und sozialen Aspekten der Ausreiseroption auseinandergesetzt? Und als zweite Perspektive: Wie verhielten sich die Antragsteller gegenüber den Oppositionsgruppen?

Ausreise und Opposition: Verschiedene Formen widerständigen Verhaltens

Berührungspunkte entstanden, da beide Gruppen die gesamtgesellschaftliche Situation in der DDR ablehnten und ihrer Ablehnung der Staatsmacht - in völlig unterschiedlicher Weise - Ausdruck verliehen. Ausreisewillige bzw. Antragsteller und die Basisgruppen setzten sich

* Der Aufsatz ist eine Kurzfassung meiner Magisterarbeit: Jan Athmann, *Wir bleiben hier*, Manuskript, Freie Universität Berlin, Berlin 1997.

kritisch mit der DDR-Wirklichkeit auseinander. Beide Gruppen wollten sich nicht in ihre persönliche Nische zurückziehen, sondern traten dem staatlichen Meinungs- und Machtmonopol entgegen. Denn beide kamen - gemessen an internationalen Rechtsnormen, innenpolitischen Postulaten und eigenen moralischen Werten - zu der Ansicht, die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Mißstände in der DDR seien nicht tolerierbar.

Durch den Umstand, daß in der DDR jeder Dissens an sich systemwidrig war, und da die Definition für politischen Dissens bzw. Opposition bewußt unklar gelassen wurde, war das Risiko einer widersprüchlichen Handlung unberechenbar. Obwohl sich die unabhängigen Gruppen, meist unter dem Dach der evangelischen Kirchengemeinden, eher als Gegenkultur denn als politische Opposition verstanden, wurden sie der sogenannten politischen Untergrundtätigkeit zugeordnet. Die Antragsteller bekamen die Paranoiamentalität der Sicherheitsbehörden ebenfalls zu spüren. Denn da bereits das Stellen eines Ausreiseantrages bis 1981 illegal war, wurden die Antragsteller zu Kriminellen und zu verhinderten Emigranten im eigenen Land. Es ist bekannt, daß die westdeutsche DDR-Forschung erst nach dem Fall der Mauer zu einem wahrhaftigen Blick auf die Geschichte widerständigen Verhaltens in der DDR gekommen ist. Seitdem ist die Forschung zu Widerstand, Dissidenz und Opposition kaum mehr überschaubar. Dabei gilt immer noch, daß sich die allermeisten Autoren ausgiebig mit den Organisationsformen, den Zielen und Wirkungen „der Opposition“ beschäftigen und ihre Leistungen wortreich würdigen.

Bei vielen der seit 1989 erschienenen Werke zu diesem Thema dominiert die Selbstsicht der Opposition, da hier Objekte und Subjekte der DDR-Geschichte berichten. Während das in diesen Bänden enthaltene Quellenmaterial sehr aufschlußreich ist, wird die Bedeutung der Oppositionsgruppen in vielen dieser Darstellungen stark überzeichnet.¹

An dieser Stelle kann nicht auf die vielfältigen Definitionsversuche zum widerständigen Handeln in der DDR eingegangen werden. Festzuhalten bleibt, daß eine Einordnung der Antragsteller in eine Typologie nichtkonformen, dissidenten oder widerständigen Verhaltens solange nicht zufriedenstellend sein kann, wie einerseits das Verhältnis von Antragstellern und Opposition nicht umfassend untersucht ist, andererseits das Massenphänomen Ausreise marginalisiert bleibt. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die staatsunabhängigen Gruppen und die Antragsteller in der Schlußphase der DDR Anteil daran hatten, den weitverbreiteten risikoarmen und wenig öffentlichen Dissens in politischen Protest und politische Opposition umzuformen. Um die im Rahmen dieser Untersuchung gestellten Fragen beantworten zu können, erscheint die Typologisierung von Hubertus Knabe am meisten geeignet zu sein.² Das von ihm entworfene Schema ist zunächst dazu geeignet, die Vielfalt der Handlungen herauszu-

¹ Vgl. u.a.: Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried, DDR-Opposition 1986-1989, Berlin 1992; Carlo Jordan/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das Grün-ökologische Netzwerk Arche 1988-1990, Berlin 1995; Erhard Neubert, Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990.

² Knabe ordnet dem Oberbegriff Dissens, der zwischen den Polen unabhängige politische Bestrebungen und gesellschaftliche Verweigerung steht, verschiedene Formen widerständigen Handelns unter. Knabe ordnet der Form des Aufstandes als am meisten risikointensive, öffentliche Form einer unabhängigen Bestrebung die relativ risikoarme Form der Resistenz gegenüber. Zwischen beiden Extremen verortet er aktiven Widerstand, politische Opposition, Dissidenz, politischen Protest, Neue Soziale Bewegungen, passiven Widerstand und sozialen Protest; vgl.: Hubertus Knabe, Was war die DDR-Opposition? Zur Typologisierung des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschlandarchiv 29 (1996)2, S. 185-198.

stellen, die sich aus dem Miteinander bzw. Gegeneinander von Ausreisern und unabhängigen Gruppen ergaben. Das heißt vor allem auch, sie deutlich voneinander trennen zu können. Darüber hinaus erweist sich Knabes Typologisierung als bemerkenswerter Ansatz, da sie nicht bloß die frühen Protestformen, sondern auch den Wandel der Basisgruppen zu den politischen Oppositionsvereinigungen erfaßt. Mit Hilfe Knabes Schema können schließlich auch die beiden hier untersuchten Gruppen in einen gemeinsamen theoretischen Rahmen gestellt werden.

Die zahlreichen Versuche, zu kategorisieren und zu typologisieren, werden aber solange vorläufig bleiben, bis widerständiges Verhalten in der DDR in allen Facetten zu jeder Zeit und in allen Landesteilen erforscht ist. Mißt man nun das seit dem Fall der Mauer Geschriebene an den historiographischen Vorgaben einer umfassenden DDR-Oppositionsforschung und bezieht sich konkret auf eine Form nichtkonformen Verhaltens, sieht man sich hinsichtlich des Themenkomplexes Ausreise einem unbefriedigenden Ergebnis gegenüber.³

Noch heute heißt es bei Bürgerrechtlern zumeist lakonisch „die wollten gehen, wir wollten hierbleiben“. Ebenso wenig ist der Versuch unternommen worden, die Bedeutung der Ausreiseoption jenseits der soziodemographischen oder sozioökonomischen Untersuchungen zu betrachten und die Ausreiser als innenpolitisch wirksame Akteursgruppe zu betrachten.

Gerade dies ist auffällig und macht das Thema zu einer vielversprechenden Betrachtung sowie zu einem spannenden Sujet: Ein landesweites Phänomen wie die massenhafte Ausreise beherrschte die privaten Diskussionen. In unübersehbaren Scharen stellten DDR-Bürger die Grenze in Frage und damit das System. Denn die Grenze der DDR war regelrecht ein „Zustand“.⁴

Wie aber sah die Meinungsbildung und die Auseinandersetzung in den einzelnen Basis- und Oppositionsgruppen aus, die schließlich in Berlin, anders als in Leipzig, zum Nebeneinander, zuweilen gar zum Gegeneinander und nicht zur Kooperation von Bleibern und Ausreisern führte?

Eine These der hier in aller Kürze vorgestellten Arbeit lautet, daß die gruppeninterne Auseinandersetzung um die Ausreisefrage das Selbstverständnis der unabhängigen Gruppen zum Ausdruck bringt. Der Auslöser für die Auseinandersetzung zwischen Antragstellern und Basisgruppen war die Strategie der Antragsteller: Offenes, konfrontatives Verhalten, immer häufiger geplant von Ausreisergruppen. Dies widersprach den auf Dialog und Reform der DDR orientierten Basisgruppen. Fragen nach nationalstaatlichen deutschen Identifikationen und Emotionen spielen bei der Untersuchung des Zusammenhanges eine wichtige Rolle. Denn gerade der den Berliner unabhängigen Gruppen nicht mögliche Rückgriff auf national-

³ Einzig die Darstellung von John c. Torpey ordnet die Ausreisetematik in den Gesamtzusammenhang ein; vgl.: John C. Torpey, *Intellectuals, Socialism and Dissent, The East German Opposition and its Legacy*, Minneapolis/London 1995. Ebenso: Peter Eisenfeld, *Ausreisebewegung - eine Form widerständigen Verhaltens*, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/ Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen widerständigen Verhaltens und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 192-223.

⁴ Stefan Wolle beschreibt die „Mauer als Existenzform“ und versteht die DDR mit den Worten des Grafen Mirabeau als „Grenze mit einem Staat“, vgl.: *Flucht als Widerstand? Referat (Manuskript) gehalten im Rahmen des Symposiums Widerstand und Opposition in der DDR 1949-1989 vom 12. -14. Juni 1997, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin.*

staatliche Identifikationen und Emotionen hat zu ihrer gesellschaftspolitischen Marginalität beigetragen.

Für die Basis- und Oppositionsgruppen heißt dies, daß ihr direkter und langfristiger Impetus am Zusammenbruch wesentlich geringer war als vielfach beschrieben, abgesehen sicherlich von den Wochen, während der die Oppositionellen für kurze Zeit von den Demonstrierenden als Wortführer anerkannt waren. Andersherum betrachtet, läßt sich eine positive These aufstellen: Erst die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern bewirkte den reflexartigen Schritt der Basisgruppen zugunsten einer tatsächlichen politischen Opposition, die der Staatsführung entgegentrat.

Nur ein knappes Jahr später waren die Kräfte, die im Winter 1989 für kurze Zeit gefeiert wurden, wieder von der politischen Tagesordnung verschwunden: Die ersten demokratischen Wahlen vom 18. März waren ein Schock für die politischen Basisgruppen. Sie hatten als Parteien oder in Bündnissen an den Wahlen teilgenommen und wurden, abgesehen von der SPD, per Abstimmung an den Rand gedrängt.

Eine große Gefahr birgt die Betrachtung von DDR-Geschichte für die vorliegende Arbeit: die von dem Eindruck ihres Zusammenbruches dominierte Sicht. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurden zu einem guten Teil Quellen herangezogen, vielfach unveröffentlicht bzw. unbearbeitet, deren Aussagen den im nachhinein als finale Entwicklung bekannten scheinbaren chronologischen Fluchtpunkt des Mauerfalls gewissermaßen auszuklammern versucht.

Die Ausreisefrage als Herausforderung für die Berliner Basisgruppen

Antragsteller und Oppositionsgruppen konnten wegen der erwähnten Berührungspunkte durchaus gemeinsam handeln, wie die Entwicklung in Leipzig bekanntermaßen bewies.⁵

Und in Berlin - war es ein Miteinander, ein Nebeneinander oder gar ein Gegeneinander von sogenannten Bleibern und den Antragstellern?

In den autonomen Gruppen, die in Zahl und Größe unbedeutend und bis weit in die achtziger Jahre hinein völlig ohne öffentliche Bedeutung waren, engagierten sich auch Antragsteller. Es gab mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes, und man war sich seiner Existenz am Rande der ostdeutschen Nischengesellschaft bewußt. Doch sie traten weder ausdrücklich als Antragsteller auf, noch bildeten sie eine Fraktion innerhalb der unabhängigen Gruppen. Ihr Engagement widmeten sie den Zielen der bestehenden Friedens- und Menschenrechtsgruppen.⁶ Man vermied lediglich, Antragstellern Entscheidungsmacht zuzubilligen. Der Umzug in den Westen war mit den Worten Wolfgang Templins für viele „das kleinere Übel angesichts der Verfolgung (...) im eigenen Land für das man einstand, besser: für das man einstehen wollte“.⁷ Noch

⁵ Das gemeinsame Auftreten von Gruppen mit ausgeprägter DDR-Identität und Ausreisewilligen bei den Leipziger Montagsgebeten zeigte, wie stark die Gemeinsamkeiten waren. Für die Verhältnisse in Leipzig vgl.: Helmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993; Wolf Jürgen Grabner (Hrsg.), *Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR*, Berlin 1990.

⁶ Vera Wollenberger erwähnt, Ausreisewillige seien „bis 1987 gut in der Friedens- und Umweltbewegung integriert“ gewesen, und man hätte sich darauf geeinigt, „daß Menschen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, zwar mitmachen, aber keine verantwortungsbewußte Positionen übernehmen durften“; Vgl.: Vera Wollenberger, *Virus der Heuchler. Innenansicht aus StaSiAkten*, Berlin 1992, S. 91.

⁷ Wolfgang Templin im Interview mit dem Verfasser.

bis in die achtziger Jahre hinein wurden diejenigen, die aus den oppositionellen Zirkeln hinaus in den Westen gingen, mit Verständnis als „enttäuschte Idealisten“ verabschiedet.⁸ Die gängige Auffassung, Antragsteller würden das System, in dem sie lebten, radikal ablehnen, trifft nicht zu.⁹

Zur Auseinandersetzung zwischen Berliner Basisgruppen und Ausreisewilligen kam es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erst allmählich. Angeregt von der 1984er Ausreisewelle entschlossen sich immer mehr DDR-Bürger zum Ausreiseantrag, die nächste Welle komme bestimmt, und mit der sei man drüben. Doch sie blieb trotz steigender Anträge aus. In der zweiten Hälfte der Dekade änderte sich daher die Situation für die Basisgruppen, weil die Anzahl und die Präsenz der Ausreisewilligen und Antragsteller innerhalb kurzer Zeit stark angestiegen war.

Für die friedensbewegten Basisgruppen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre waren die Antragsteller eine dem eigenen Engagement widerstrebende „Ein-Punkt-Bewegung“. Sie wurden allmählich als Konkurrenten wahrgenommen, indem sie, ohne politische Angebote zu machen, den oppositionellen Plänen die Grundlage nahmen. Vordergründig galten sie den unabhängigen Gruppen als „irgendwie suspekt und anders“.¹⁰ Die friedensbewegten Gemeindegruppen fürchteten um ihre thematische Ausrichtung, fürchteten gar, von Ausreisewilligen und deren Anliegen dominiert zu werden. Was meint Peter Grimm von der ehemaligen „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, wenn er sagt, sich mit der Ausreisefrage zu beschäftigen, hätte stets als „etwas Ekeliges“ gegolten?¹¹

Die Berliner Gruppen waren mit einer weiteren Gefahr konfrontiert, nämlich der Sabotage durch IMs des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Gerade weil die Gruppen aus einem engen Netzwerk persönlicher Bekanntschaften bestanden, wurde jeder neue Interessent, zumal Antragsteller, als potentieller Spion betrachtet. Die Abgrenzung von den Antragstellern ist daher auch als Schutzreaktion in dieser Hinsicht zu verstehen. Daß es tatsächlich zu massiven Unterwanderungen der Ausreiserszene gekommen ist und daß das MfS ein spezifisches Interesse hatte, die Ausreiser als IM zu werben, geht aus den Quellen deutlich hervor.¹² Über die Versuche des MfS, das Verhältnis zwischen Antragstellern und Basisgruppen zu sabotieren, kann an dieser Stelle nicht ausführlich berichtet werden. Festgehalten sei nur, daß es Aufgabe der IM in den unabhängigen Gruppen war, aktiv gegen eine Zusammenarbeit mit Antragstellern zu argumentieren.¹³

⁸ Wolfgang Rüdtenklau von der damaligen Umweltbibliothek Berlin im Interview mit dem Verfasser.

⁹ Zum Beispiel Jesse/Mitter (1992) beschreiben Ausreise als radikale Ablehnung des Systems, in dem man lebt.

¹⁰ So Wolfgang Rüdtenklau im Interview mit dem Verfasser.

¹¹ Peter Grimm im Interview mit dem Verfasser.

¹² In einer „Geheimen Verschlusssache GVS“ des MfS vom Frühjahr 1988 heißt es, daß: in allen Dienststeinheiten der vorhandene Bestand an IM/GMS hinsichtlich seiner Einsatzmöglichkeiten zur operativen Bearbeitung oder Kontrolle Übersiedlungsersuchender geprüft und ein gezielter, personenbezogener Einsatz organisiert wird. Es zeigt sich, daß wir unter diesem Personenkreis nicht im genügenden Maße inoffiziell verankert sind..., Vgl. MDA-OA/OI: Dienstanweisung des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, GVS Nr. 0008/-6/88, Februar 1988, S. 29.

¹³ Ein Bericht des MfS vom Sommer 1986 spricht von „... engen Berührungspunkten... zur Erreichung der Übersiedlung und Erscheinung bzw. Auswirkungen der PUT als zwei Seiten des feindlichen Vorgehens zur Destabilisierung der inneren Verhältnisse...“ aus: Bericht der ZKG über die Aufgaben der

Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung

Besonders aufschlußreich für das Verhältnis zwischen „Antragstellern“ und „Bleibern“ in den unabhängigen Gruppen ist die Berliner Initiative *Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung*. Diese Gemeindegruppe - sie bestand aus erklärten Bleibern - erarbeitete bereits im Frühjahr 1987 einen Synodalantrag, der öffentlich für Toleranz gegenüber Andersdenkenden werben sollte. Wie sich im Antrag selber und in der Diskussion darüber zeigte, sollte die Ausreiseproblematik nicht direkt thematisiert werden. Liest man indes die Begleittexte und die Kommentare, die von den Initiatoren im Sommer 1987 formuliert wurden, erkennt man, daß die Ausreisefrage als deutliches Beispiel für die allgegenwärtige Ab- und Ausgrenzung betrachtet wurde. Der befangene Umgang mit dem Komplex Ausreise wurde so zu einem wesentlichen Aspekt in der Diskussion und der Bewertung des Antrages.¹⁴

Der Antrag wurde nach seiner Ablehnung durch die Synode weiter diskutiert, die Inhalte schienen virulent zu sein. Die wohl deutlichsten Äußerungen machte der Stendaler Psychologe Ludwig Drees. Er urteilte scharf über den Umgang der kirchennahen Gruppen mit den Ausreisewilligen und der Ausreiseproblematik.¹⁵ Der Antrag muß als Versuch einiger Engagierter gesehen werden, u. a. die harsche Abgrenzung gegenüber den Antragstellern zu durchbrechen und die Befangenheit zu überwinden, die gruppeninterne Diskussionen beim Thema Ausreise kennzeichnete.

AG Staatsbürgerschaftsrecht DDR

Die Gründung der rasch anwachsenden *Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht DDR* im September 1987 zeigt einerseits, wie groß das politische Potential der Antragsteller war. Andererseits kann die Formierung der Gruppe als Reaktion auf die ablehnende Haltung der Berliner Basisgruppen gegenüber den Antragstellern verstanden werden. Die Kreise, die sich um die Bürgerrechtsproblematik bemühten, allen voran die *Initiative Frieden und Menschenrechte*, thematisierten den Aspekt der Staatsbürgerschaft nicht ausdrücklich. Dennoch fand sich keine bestehende Basisgruppe bereit, die *AG Staatsbürgerschaftsrecht* als sogenannte Projektgruppe zu integrieren.

Bereits in den ersten Erklärungen der Arbeitsgruppe zeigten sich die Ziele der neuen Berliner Gruppe, die sich durchaus als oppositionelle Menschenrechtsgruppe verstand. Man wollte keine Ausreisegruppe sein, sondern stellte die Enttabuisierung der Menschenrechtsfrage am Beispiel der Ausreise in den Mittelpunkt. Vom Ansatz her verfolgte die Gruppe den Stand-

ZKG/BKG in Auswertung der zentralen Parteiaktivtagung vom 21. 7. 1986, S. 31. BstU, ZA, ZKG 1791 zitiert nach: Bernd Eisenfeld, Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, in: Klaus-Dietmar Henke/Siegfried Suckut/Clemens Vollnhals/Walter Süß/Roger Engelmann (Hg.), MfS-Handbuch. Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 1995, S. 37.

¹⁴ An dieser Stelle sei verwiesen auf die „Gedanken zu Einbringung...“ von Hans-Jürgen Fischbeck, der den wohl bekanntesten Kommentar zum Antrag verfaßt hat. Daraus geht deutlich hervor, daß man die ausdrückliche Beschäftigung mit der Ausreiseproblematik zugunsten des Antrages vermied. vgl.: Hans-Jürgen Fischbeck, Gedanken zur Einbringung des Antrages in die Synode Berlin-Brandenburg, in: Stephan Bickhardt, (Hrsg.), a. a. O. 1995, S. 20/21.

¹⁵ Ebd.

punkt, daß nur eine offene Diskussion um die Ausreiseproblematik die innenpolitischen Defizite beheben könne, die eine große Anzahl von Bürgern erst zu Antragstellern mache.

Am Beispiel des Konflikts zwischen der Berliner *Umweltbibliothek* (UB) und der *AG Staatsbürgerschaftsrecht* werden die Gründe für die allmählich offener werdende Konfrontation zwischen engagierten Bleibern und den Antragstellern deutlich.

Das Verhältnis zwischen UB und der AG war von Beginn an ambivalent. Zwar erlaubte man der AG, sich in den Räumen der UB zu versammeln, eine direkte Zusammenarbeit lehnte man indes ab. Die Durchsuchung der UB und die Festnahme einiger ihrer Mitarbeiter durch die Staatssicherheit im November 1987 mobilisierte neben dem Protest der Berliner Basisgruppen auch zahlreiche Antragsteller der *AG Staatsbürgerschaftsrecht*. Sie beteiligten sich an den Mahnwachen vor der Zionskirche, traten aber nicht bewußt als Ausreiser auf. Für die *Umweltbibliothek* war das Auftauchen der Antragsteller eine zweischneidige Sache. Denn einerseits brauchte man möglichst viele Sympathisanten, um „Öffentlichkeit herzustellen“. Andererseits wollte man die Sicherheitsorgane durch eine Versammlung von Ausreisewilligen nicht noch weiter provozieren.

Das Verhältnis zwischen Antragstellern und Berliner Basisgruppen erfuhr in den Tagen und Wochen nach der Durchsuchung eine nachhaltige Veränderung. Der neuralgische Punkt war, daß viele Antragsteller nicht das ursprüngliche politische Selbstverständnis der *AG Staatsbürgerschaftsrecht* teilten. Während sich zahlreiche Antragsteller aus dem Umfeld der *AG Staatsbürgerschaftsrecht* in die stillen Mahnwachen einreihen, hofften andere gerade mobilisierte Antragsteller ihre Ausreise zu beschleunigen, indem sie sich den Sicherheitsorganen rund um die Bibliothek der Zionsgemeinde zeigten. Aus der latenten, zuweilen mürrisch anmutenden Skepsis der Berliner Gruppen entwickelte sich offen geäußerte Ablehnung gegenüber den organisierten Antragstellern. Man warf den Ausreisewilligen vor, mit ihrer „Strategie des Auffallens“ den Absichten der Basisgruppen zu schaden.

„Januarereignisse“

Die sogenannten Januarereignisse im Umfeld der Liebknecht/Luxemburg-Gedenkdemonstration 1988 eignen sich wegen der äußerst heftigen Reaktionen aller Beteiligten, die zunehmend ablehnende Haltung gegenüber den Antragstellern zu verdeutlichen. Denn wie die Quellen belegen, fällt der Beginn der offenen Spaltung in diese Zeit.

Die *AG Staatsbürgerschaftsrecht* warb für die Teilnahme, ohne jedoch mit Transparenten für das eigene Anliegen zu demonstrieren. Man verzichtete bewußt darauf, als Antragsteller aufzutreten. Die Berliner Basisgruppen jedoch lehnten eine gemeinsame Teilnahme mit denen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, förmlich ab.¹⁶ Angesichts der angeregten gemeinsamen Aktion wurde den Antragstellern wiederum vorgeworfen, durch Auffallen die eigene Ausreise zu forcieren und die auf kollektive Bürgerrechtsforderungen ausgerichtete Botschaft der *AG Staatsbürgerschaftsrecht* als geschicktes Alibi für individuelle Ausreiseaktionen zu mißbrauchen: „Viele, die hier hinstießen hatten keinerlei Erfahrungen, Kenntnisse und z. T. auch Motive für alternatives gesellschaftliches Engagement (...). Diese Unklarheiten bzw.

¹⁶ Vgl. Interview des Verfassers mit Wolfgang Rüdtenklau; Vgl.: Umweltblätter 6/88, S. 2f.

mehrheitlich auf persönliche Lösungen gerichtete Motivation machte und macht es vielen Berliner Freunden und Gruppen beschwerlich, sich mit dieser Gruppe zu solidarisieren."¹⁷

Was am 17. Januar 1988 geschah, ist bekannt. Die Zellen in Rummelsburg hatten sich mit über einhundert „Zugeführten“ gefüllt. Die meisten von ihnen waren Antragsteller und Ausreisewillige aus dem weiteren Umfeld der *AG Staatsbürgerschaftsrecht*. Binnen weniger Tage waren viele von ihnen gemäß ihres Antrages im Westen.

Auch die Mitarbeiter der *Umweltbibliothek*, der *Kirche von Unten* und der IFM sowie der Liedermacher Krawczyk wurden festgenommen und aus dem Gefängnis in den Westen entlassen. Über die Frage, ob die Ausreise erzwungen war, brach in den Wochen nach den Januarereignissen ein heftiger und zuweilen polemisch geführter Streit zwischen den in den Westen ausgereisten Bleibewilligen und den Berliner Basisgruppen aus. Diese Auseinandersetzung zeigt deutlich, wie schwer sich die Berliner Basisgruppen mit der Diskussion um die Ausreiseproblematik taten. Es kann an dieser Stelle nicht auf die zahlreichen Stellungnahmen der unterschiedlichen Berliner Gruppen eingegangen werden. Gemeinsam ist den Kommentaren die Verurteilung der Antragsteller, die für die Eskalation verantwortlich gemacht wurden. Hinzu kommen scharfe Urteile gegenüber den in den Westen abgeschobenen Aktiven der Basisgruppen. Solche Einstellungen finden sich in den Quellen für die *Koordinierungsgruppe Berliner Basisgruppen und kirchlichen Mitarbeiter*, der *Umweltbibliothek*, der *Kirche von Unten*, der *Initiative für Frieden und Menschenrechte* sowie dem Oppositionsblatt *Friedrichsfelder Feuermelder*. In den Quellen werden die Antragsteller als „apolitische Menschen mit Ausbürgerungsanträgen“¹⁸ bezeichnet. Die Berliner *Umweltbibliothek* reagierte prompt und beschloß, fortan „keine Ausreisewilligen mehr (...) aufzunehmen. Als Opfer haben sie unser Verständnis. Aber unsere Arbeit gilt diesem Land, der DDR und denen, die hier bleiben wollen“¹⁹

Mit ihren Äußerungen nähert sich die UB den Argumentationsmustern der Staatsführung. Ausreisewillige werden zu Gegnern des Sozialismus und damit zu Gegnern der DDR reduziert. Daneben hängt der Abgrenzungsreflex mit dem Vorwurf zusammen, die „atomisierten“ Ausreisewilligen seien eine große Gefahr für die Arbeits- und Kommunikationsstrukturen der Berliner Basisgruppen. Ein Zitat, wiederum aus den *Umweltblättern* verdeutlicht diesen Aspekt: „Überall wurden unsere Gruppen nur benutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu erreichen. (...) Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler (...) und verhöhnten und usurpierten unsere Namen. Für diese Karikatur einer Bewegung rühren wir keinen Finger mehr. Schlaraffenland? Nein Danke!“²⁰

Die Haltung der IFM in dieser Frage ist ähnlich befangen. Sie signalisierte in einer Stellungnahme vom Juli 1988 nicht nur die Abgrenzung von Ausreisewilligen, sondern von der

¹⁷ Zitiert aus: MDA-Dokument 5214: „Information an alle Basisgruppen der DDR zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Demonstration am 17. Januar 1988 und der Entwicklung bis heute.“ Auch innerhalb der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) kam es zu einigen Meinungsverschiedenheiten um die Position Wolfgang Templins, der die Auffassung vertrat, daß die oppositionelle politische Dimension der Forderung wichtiger sei als die Forderung nach Ausreise an sich.

¹⁸ MDA-OA/32b: Erklärung zur Beendigung von Aktionen im Zusammenhang mit Verhaftungen unserer Freunde am 17. und 25. Januar 1988.“

¹⁹ Vgl.: MDA-OA/32a: Erklärung der Umweltbibliothek vom 3. 2. 1988.

²⁰ Umweltblätter vom 12. 2. 1988, S. 7.

Diskussion des Themas an sich.²¹ In ähnlicher Weise lesen sich die Äußerungen der *Kirche von Unten*.²² Auch der bekannte Brandartikel im *Friedrichsfelder Feuermelder* ist eine wichtige Quelle für die Ausrichtung der Berliner Gruppen in der Ausreiseproblematik. Darin werden die zur Ausreise gezwungenen Berliner Bürgerrechtler auf das schärfste verurteilt: Sie werden als Verräter der eigenen Bewegung hingestellt.²³

Die Berliner Gruppen wurden durch die sogenannten Januarereignisse regelrecht herausgefordert, indem die Diskussion um ein Problemfeld auf die Tagesordnung gehievt wurde, dessen Analyse bis dato nicht notwendig schien. Ihre Reaktion war indes nicht die Suche nach den Gründen dieser Entwicklung, sondern die harsche Abgrenzung von den Antragstellern und deren Ansatz, Veränderungen zu erreichen. Selbstbezogen reflektierten sie die Ereignisse und kamen zu dem Ergebnis, Ausreise sei zu einer Massenbewegung geworden, die als Symptom der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Defizite verstanden wurde. Aber da Ausreise eine aus ihrer basisdemokratischen Perspektive höchst unsolidarische Verhaltensweise war, war die Reaktion die Abgrenzung und Ausklammerung von eben dieser Massenbewegung, die den eigenen Zielen zuwider lief.

Das „Programm“ der Antragsteller wurde immer mehr als politisches Gegenprogramm wahrgenommen. Das Stigma der abtrünnigen „Ausreißer“, das ihnen seit jeher von der SED angeheftet wurde, galt fortan auch in den unabhängigen Berliner Gruppen. Mit den Worten einer ehemaligen Aktiven wurden die Ausreisewilligen zu den „underdogs“ der späten DDR.²⁴

Auch die wieder in die DDR zurückgekehrte Bärbel Bohley äußerte sich im Herbst 1988 zu der Ausreiseproblematik und deren Bedeutung für die unabhängigen Gruppen. Antragsteller wurden von ihr als politische Kraft und gleichzeitig als Bedrohung beschrieben. Und von denjenigen Ausreisewilligen, die nicht zur Zusammenarbeit nach den Regeln und Inhalten der Basisgruppen bereit waren, „von denen sollten wir uns ohne schlechtes Gewissen verabschieden“.²⁵

Treptower Bekenntnisgemeinde

Nachdem die meisten Antragsteller aus dem Umfeld der *AG Staatsbürgerschaftsrecht* im Westen angekommen waren, der Ruf der AG als Menschenrechtsgruppe ruiniert und die begrenzte Toleranz der Basisgruppen in offene Ablehnung umgeschlagen war, suchten die Antragsteller Anbindung an eine Gemeinde. Zwar gab es Gemeinden, die auch für Ausreisewillige offen waren. Doch anders als dort, wo oft nur Seelsorge mit dem Ziel der Rückgewinnung angeboten wurde, gab die *Treptower Bekenntnisgemeinde* den Antragstellern die Möglichkeit, sich regelmäßig zu treffen. Fortan wurden die sogenannten Sonntagsgespräche bis in das Jahr 1990 zu einer festen Einrichtung, an der oft bis zu einige hundert Antragsteller aus allen Teilen der DDR teilnahmen. Über die personelle Struktur, die Häufigkeit sowie den In-

²¹ Die mit „Fußnote 3“ überschriebene Stellungnahme wurde von IFM-Mitgliedern herausgegeben; vgl.: MDA-OA/32b.

²² Vgl.: MDA-OA/49: Erklärung der Kirche von Unten vom 20. 2. 1988; MDA-OA/49: Erklärung der „Kirche von Unten“ vom 26.3. 1988.

²³ *Friedrichsfelder Feuermelder* (Extrablatt) April 1988, S. 6

²⁴ Freya Klier, *Aktion Störenfried*, in: *Schädlich* (Hrsg.9, 1992, S. 91-154, hier S. 148.

²⁵ zitiert aus: MDA-OA/26bb: *Umweltblätter* Oktober 1988, S. 8.

halt der Treffen geben neben den Aufzeichnungen des MfS vor allem die noch unbearbeiteten Quellen verschiedener Privatarchive detailliert Auskunft und decken sich dabei mit den Angaben ehemaliger Mitarbeiter aus den Arbeitskreisen.²⁶

Der quellenmäßig gut belegte Inhalt der Veranstaltungen und das Auftreten der Treptower Antragsteller entkräften indes den stets von den unabhängigen Gruppen erhobenen Vorwurf, die Antragsteller bildeten eine bloße Ausreiseagentur. Anspruch und Selbstverständnis gingen, zumindest im Kern der Gruppe, weit darüber hinaus.²⁷

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, daß die im Zentrum der Treptower Antragsteller Aktiven, ähnlich wie die Basisgruppen, das Problem der Mitläufer beklagten. Auch sie verwahrten sich dagegen, einzig als Sprungbrett in den Westen benutzt zu werden. Dem Kern der Gruppe war bewußt, daß die nach Treptow kommenden Antragsteller ein wesentlich schwächeres politisches (Sendungs-)Bewußtsein hatten als man selbst.

Nach dem formellen Ausschluß der Antragsteller aus den Berliner Basisgruppen gab es im September 1988 einen konkreten Versuch, miteinander ins Gespräch zu kommen. Die wieder in die DDR zurückgekehrte Bärbel Bohley nahm an einem sogenannten Sonntagsgespräch mit den Antragstellern teil. Wie die Aufzeichnungen des MfS beschreiben, wurde der bekannte Dissens zwischen Antragstellern und der Vertreterin der Berliner Basisgruppen nicht überwunden.²⁸ Über mögliche gemeinsame Veranstaltungen ist in den Quellen nichts zu erfahren.²⁹

Grün-Ökologisches Netzwerk Arche

Einen wesentlich pragmatischeren Weg beim Umgang mit den Antragstellern verfolgte das *Grün-Ökologische Netzwerk Arche*.³⁰ Schnell bildeten sich Arbeitskreise innerhalb des Netzwerkes, die von Antragstellern geleitet wurden. Unter den Antragstellern waren viele Akade-

²⁶ Mehrere sogenannte Operativvorgänge betrafen engagierte Ausreisewillige aus der Treptower Gruppe sowie den Pfarrer der Gemeinde, Werner Hilse, den das MfS im „OV Doppelkreuz“ erfaßt hatte.

²⁷ Im „OV Segler“ heißt es dazu: Jürgen Domann hat... geäußert, 'wir wollen den Leuten, die hierbleiben, Denkanstöße vermitteln. Dieses vordergründige Schreien und Grölen nach Ausreise kratzt die Behörden nicht so sehr...aber diese Kritik am System kratzt vielmehr diejenigen, die hierbleiben wollen...denn damit holen wir die Leute rein, die keinen Ausreiseantrag gestellt haben'; vgl.: MDA-OA/OV Segler, Reg.-Nr. XV/3482/79, „Information“ B/6045/88/ 7x/88, Bd. 59781 (Abhörprotokoll) im OV Segler der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, Kreisdienststelle Treptow, Abteilung 26/6 vom 2. September 1988, S. 6.

²⁸ Treffend notierte der Spitzel für das MfS: „Sieht man also von dem Grundwiderspruch 'sie, die weg wollen und ich will hierbleiben' ab, so prägte den gesamten Verlauf ein Konsens bezüglich des Rufes nach Opposition, Zusammenschluß und Gruppenbildung, Solidarisierung der Gruppen...“; Vgl.: ebd.

²⁹ Die Aufzeichnungen des MfS berichten von formellen Kontakten zwischen den Treptower Antragstellern und dem Friedenskreis der Berliner Samaritergemeinde. Die Behauptung, es habe sich eine Gruppe „Initiative Innerer Frieden“ aus Antragstellern und Aktiven der Gemeinde gebildet, ist sehr zweifelhaft. Weder ehemalige Engagierte der Samaritergemeinde noch engagierte Antragsteller konnten dies bestätigen.

³⁰ Treffend beschreibt das MfS hierzu: „Die Arche tritt ihnen offen und tolerant gegenüber, grenzt sich jedoch bezüglich der spezifischen Eigeninteressen ab...“, vgl.: MDA-OA/OV „Missionar“, interne Zusammenstellung von BStU-Material: „Anlage zur Information zu Kontakten von Exponenten der Gruppierung Arche-Grün-ökologisches Netzwerk im Operationsgebiet, HA XX/AKG/K/6224/89 vom 2. 7. 1989.

miker, die sich nun im Namen der Arche ihren Fachgebieten widmeten. Der Arbeit ganzer Gruppen und dem Magazin Arche Nova verliehen sie ein vergleichsweise hohes wissenschaftliches Niveau.³¹

Den möglichen negativen Folgen der intensiven Kooperation mit den Antragstellern versuchte man nicht mit ideologischer Voreingenommenheit, sondern mit pragmatischer Integration zu begegnen. Allerdings beschloß man frühzeitig, Antragsteller nicht in die Sprechergruppen aufzunehmen.³²

Die Integration der Antragsteller beruhte auf gegenseitigem Nutzen. Den engagierten ausreisewilligen Arche-Mitarbeitern kam es darauf an, die eigene Ausreise durch sichtbare, die Sicherheitsbehörden provozierende „Untergrundtätigkeit“ zu forcieren. Der Drang zu provokativen Aktionen war verständlicherweise bei denen, die nicht in der DDR ihre Zukunft sahen, stärker als bei denen, die auf eine Erneuerung des Landes hinarbeiteten und dabei nicht an einen Sturz der SED gedacht hatten. Dieser gewissermaßen konfrontative Weg entsprach dem Protestverständnis vieler bleibewilliger Archemitglieder zu einer Zeit, in der die Tendenz zu öffentlichkeitswirksamen Protesten stärker wurde. Die verhältnismäßig junge Berliner Regionalgruppe der Arche wußte das Potential der Antragsteller zu nutzen und unterschied sich damit von den älteren Berliner Basisgruppen.

„Plattformfieber“³³

In den ersten Monaten des Jahres 1989 haben sich zwei langangelegte Entwicklungen beschleunigt: die Sozialisationsfolge der unabhängigen Gruppen und das Ausmaß der Ausreisebewegung. Beide Entwicklungen entfalten ab dem Sommer 1989 abrupt ihre konsequente und konkrete Wirkung. Die Ausreiseproblematik offenbart ihre tatsächliche Dimension.

Es haben sich zahlreiche Sammlungsbewegungen formiert, die zum Teil aus den unabhängigen Gruppen gespeist und von einzelnen Intellektuellen geprägt wurden. Die Sozialisationsfolge Zirkel-Gruppe-Netzwerk-Partei hat dichte, meist informelle aber enge netzwerkartige Strukturen hervorgebracht. Die rasante Abfolge der Sozialisationsstufen belegt das gewandelte Selbstverständnis der Gruppen in Konkurrenz zur SED, indem nun, wenn auch zaghaft, die Machtfrage gestellt wurde. Die Formierungsphase zwischen Mai und Oktober 1989 wurde treffend als „Plattformfieber“ bezeichnet.

Allerorten wird beschrieben, daß die Massenproteste die Opposition in ihrer langwierigen Formierung vorangetrieben hat und so die DDR-Bürger das „Aufrechtgehen“ gelehrt hat. Welche Rolle spielte aber die Ausreisedebatte?

³¹ „Die Antragsteller... bildeten deshalb auch das Expertenreservoir, das die Arche für nichtstaatliche Umweltschutzbemühungen anzuzapfen hoffte.“ Vgl.: Carlo Jordan/Hans Michael Kloth (Hrsg.), 1995, S. 51.

³² Daß die Integration äußerst umstritten war, belegt eine Äußerung eines Mitbegründers der Arche: „...es gab da immer gewisse Aussichten, die dürfen mal mit dem Ministerium sprechen. Aber wenn da Antragsteller mit dabei sind, dann geht das gar nicht. Die wären gleich als Klassenfeinde dargestellt (worden), als Konterrvolutionäre“; vgl.: Interview Carlo Jordan S. 6.

³³ So eine Bezeichnung der „Umweltblätter“; vgl.: Rüdtenklau 1992, S. 296

Wie hat die Herbstopposition die Ausreiseproblematik im einzelnen reflektiert, und inwieweit kann die Existenz- und Identitätsdebatte mit der Haltung der Basisgruppen aus den Jahren davor in Verbindung gebracht werden?

Mit dem Anwachsen der Ausreisebewegung seit Mai 1989 veränderte sich die Wahrnehmung der Ausreiseproblematik durch die in Bewegung geratenen Gruppen. Immer seltener taucht der Ausreiser als individueller Fremdkörper auf. Die Debatte um die Ausreise verlagerte sich zugunsten von Aspekten, die in den Monaten und Jahren zuvor kaum angesprochen wurden: die Frage nach einer DDR-Identität und die heikle Frage nach der Existenzberechtigung eines zweiten deutschen Staates. Über die Diskussionen um die von den Ausreisewilligen in Frage gestellte Zukunft der DDR bricht nun die Existenzdebatte aus, gegen die sich die unabhängigen Gruppen lange gesperrt hatten.

In den ersten Veröffentlichungen von *Neues Forum*, *Demokratie Jetzt*, *Demokratischer Aufbruch*, *SDP*, *Vereinigte Linke* und *Grüne Partei* wird Ausreise in einen direkten Zusammenhang mit DDR-Identität und der Existenzfrage der DDR gestellt. Der Ausreisekontext wird zum Transmissionsriemen für die Erörterung der nun öffentlich erörterten Existenzfrage. Die Debatte um eine mögliche Wiedervereinigung wurde von den Wortführern der Protestbewegung als „störend“ empfunden, und man versuchte, sie aus den Diskussionen auszublenden.³⁴

Wie die zahlreichen Verlautbarungen der neuen Vereinigungen belegen, wird die Ausreisebewegung zum Auslöser und zur Rechtfertigung staatsunabhängiger, politischer Aktivität. Angesichts des unaufhaltsamen Ausreisestromes und der Untätigkeit der Staatsführung stand die Existenz der DDR zur Disposition. Diese Situation provozierte bei den bleibewilligen Aktiven Widerspruch, der letztlich Widerstand gegen den Untergang der DDR war.³⁵

Es ließen sich für sämtliche Vereinigungen zahlreiche Beispiele nennen, die das reflexhafte Reagieren auf die massenhafte Ausreise belegen. Zahlreiche Quellenbeispiele verdeutlichen, wie eng der Zusammenhang zwischen der Massenübersiedlung in gerade den Staat, von dem man sich prinzipiell distanzierte, und dem sogenannten oppositionellen Aufbruch war.³⁶ In diesem Sinne äußerte sich etwa Ludwig Mehlhorn, einer der Initiatoren von *Demokratie Jetzt* im September 1989. Wie er sagte, war die Fluchtwelle „für viele Leute ein solches Alarmzeichen, daß wir nun selbständig handeln müssen, weil sonst dieser Staat Gefahr läuft, seine historische Existenzberechtigung einfach zu verlieren (...). Ich halte es (...) für möglich, daß (...) diese Diskussion um die deutsche Wiedervereinigung ein Impuls gewesen ist, für den Versuch, sich nun selbständig zu artikulieren.“³⁷

³⁴ Sebastian Pflugbeil sagte im Interview mit Gerhard Rein Ende Oktober 1989 dazu: „Die Diskussion um die deutsche Teilung empfinden wir als störend, weil wir andere Sorgen haben“, zitiert aus: Gerhard Rein (Hrsg.), 1989, S. 25.

³⁵ Jens Reich sagte über das auslösende Moment für sein politisches Engagement: „Seit vielen Jahren schon quält uns alle zunehmend diese Auswanderungsbewegung, diese schleichende Erosion des DDR-Zugehörigkeitsgefühls... Das war zum Schluß unerträglich und kulminierte in den Ereignissen des Sommers, dem Exodus“, vgl.: Gerhard Rein, (Hrsg.), 1989, S. 27.

³⁶ Wie andere Sammlungsbewegungen auch konstatierte „Demokratie Jetzt“, es gehe um eine „Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft“, vgl.: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, bei Gerhard Rein, 1989, S. 59-61.

³⁷ Siehe: Ludwig Mehlhorn in: Rein, a.a.O., 1989, S. 83

Viele Äußerungen und Aufrufe zeugen von dem Versuch, eine breite patriotische Gegenbewegung zur Ausreisebewegung einzufordern. Die rasante Entwicklung der Herbstopposition muß als Reaktion auf die Fluchtbewegung verstanden werden, von der man sich nach wie vor distanzierte. Angesichts der prekären Situation kamen die alternativen politischen Eliten nicht umhin, die aufbrechenden und daher unübersehbaren konträren Loyalitäten bzw. Identitäten zu diskutieren.³⁸

Die eigentümliche Situation der jungen ostdeutschen politischen Opposition bestand in ihrer Gegnerschaft zur SED und ihrer kritischen Haltung großen Teilen der Bevölkerung gegenüber.

Ganz deutlich zeigte sich die beschriebene Konstellation in einem Appell, den die Exponenten der Bewegung am 8. November 1989 in Berlin verlasen. Die Redner waren Christa Wolf, Stephan Heym, Vertreter der neuen Vereinigungen sowie Schabowski und Markus Wolf. Trotz aller Gegensätzlichkeit der Anwesenden einigte sie die generell positive Einstellung zur Zukunft der DDR. Die Botschaft der Kundgebung ließ die Hilflosigkeit erahnen, die sich in den Worten von Christa Wolf vom 4. November bereits andeutete: „Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg (...)“. Der Aufruf vom 8. November indes ist direkt: „Wir bitten Sie, bleiben sie doch in Ihrer Heimat, bleiben Sie doch bei uns (...) fassen Sie zu uns Vertrauen, die wir hierbleiben wollen!“³⁹

Dieser Aufruf zeugt von der verzweifelten Suche nach Unterstützung in einem Moment, in dem trotz neugegründeter unabhängiger Parteien Zehntausende das Land verließen und die SED zufriedenstellende Lösungen nicht anbot. In dem Aufruf wurde ausdrücklich gesagt, was in den Aufrufen der Vereinigungen und Parteien meist nur implizit gesagt wurde: Gerade auch diejenigen, die gehen, laufen den Zielen der Opposition zuwider.

Die ablehnende Überzeugung gegenüber den Ausreisern hatte sich nicht verändert. Nun aber mußten die Oppositionellen die Negation der DDR durch die Ausreise als Zeichen für ein „Identitätsdefizit Ost“ bewerten. Der Fall der Mauer schließlich, der aus den Ausreisenden faktisch Reisende machte, ersetzte konsequenterweise die Ausreisediskussion innerhalb der Opposition durch die „Existenzdebatte-Ost“.

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie über die oppositionsinterne Ausreisedebatte verdeutlicht, daß die Gruppen der Opposition und die Antragsteller nicht erst allmählich zu antagonistischen Bewegungen wurden. Während etwa bis Mai 1989 die angeführten pragmatisch begründeten Abgrenzungen die Auseinandersetzung prägten, zeigte sich mit dem Anschwellen der Ausreisebewegung eine neue Konfliktebene, auf der die Auseinandersetzung fortan ausgetragen wurde.

³⁸ Dies geht hervor aus dem „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“ und aus einem Interview, das Gerhard Rein in den Wochen vor Maueröffnung mit Markus Meckel geführt hat; vgl.: Gerhard Rein (Hrsg.), 1989.

³⁹ Appell vom 8.11. 1989, vorgetragen von Christa Wolf, zitiert nach: Zeno/Sabine Zimmerling, *Neue Chronik*, Berlin 1990, Bd.2, S. 80.

Die Formierung der eigentlichen oppositionellen Gruppen im Sommer 1989 stellt sich demnach als Rettungsaktion für die DDR dar. Die Opposition geriet somit in die Rolle einer Gegenbewegung zu der kollektiv geäußerten Ablehnung durch Abwanderung.

Die Betrachtung der Ausreiseproblematik in den Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR wirft m. E. ein neues Licht auf die Darstellung der Formierungsphase des Jahres 1989. Außerdem können die Ergebnisse bei der Diskussion um die Einordnung der DDR-Oppositionsgruppen in die eingangs genannte mögliche Typologisierung widerständigen Verhaltens berücksichtigt werden. Es könnte in diesen Zusammenhang gefragt werden, wie sich die unabhängigen Gruppen mit innenpolitischen Gegnern, das heißt mit konkurrierenden politischen Zielen auseinandergesetzt haben.

Der erläuterte Konflikt um die Ausreiseproblematik berührt unmittelbar die Frage nach der Rolle der staatsunabhängigen Gruppen für die Entstehung einer breiten Protestbewegung und damit die Frage nach ihrem Anteil am Zusammenbruch des Landes. Was hat die Basisgruppen zu einer Opposition werden lassen? Die Ergebnisse weisen den unabhängigen Gruppen eine Außenseiterrolle zu.

Ein Erlebnis Ulrike Poppes illustriert an dieser Stelle die Distanz zwischen der angepaßten Mehrheit der DDR-Bürger und den unabhängigen Gruppen. Als sich zahlreiche Aktive aus den Basisgruppen am 5. Juni 1984 zur Fahrraddemonstration rund um den Berliner Kollwitzplatz in Berlin trafen, öffnete, so Poppe, eine ältere Frau das Fenster und rief unvermittelt: Ja, macht weiter so, wir wollen doch auch raus!⁴⁰

⁴⁰ So Ulrike Poppe im Gespräch mit dem Verfasser.